



SPD-Politiker sprechen mit Telekom

Rheinland-pfälzische SPD-Abgeordnete erwarten Ausgleich für Beschäftigte

Die angekündigten Strukturveränderungen der Deutschen Telekom AG haben nicht nur für die Region Trier sondern für ganz Rheinland-Pfalz gravierende Auswirkungen. Um mehr über das bislang nur bruchstückhaft bekannte Konzept zu erfahren, haben die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz die Telekom Anfang Dezember um persönliche Information gebeten.

Bei einem Gespräch mit Dietmar Welslau, dem Geschäftsführer Personal der Telekom Deutschland GmbH, haben die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz im offenen Austausch klar ihre Erwartungen formuliert.

Wichtig aus sozialdemokratischer Perspektive ist, dass in den anstehenden Verhandlungen die sozialen und persönlichen Belange der Betroffenen einen fairen Ausgleich finden. Und natürlich darf Rheinland-Pfalz von den anstehenden Strukturmaßnahmen nicht überproportional betroffen sein.

Anfang Oktober hatten Medien berichtet, dass sich die Telekom in den Bereichen IT sowie Vertrieb und Service Deutschland neu organisieren möchte. Der Standort Trier soll zum Beispiel aufgeben und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Frankfurt/Main versetzt wer-

den. Vorschläge, die Mitarbeiter pendeln zu lassen, sind völlig realitätsfern und nicht zumutbar.

Bei einem für Rheinland-Pfalz so wichtigen Thema hatte die SPD-Landesgruppe, einer guten parla-

den wichtigen Arbeitgeber Telekom und die Sorgen der Betroffenen aufbringen wollte.

Statt Gerüchte über angebliche Standortrettungen zu streuen, wäre eine kritische parlamentarische Be-



Der „rosa Riese“ plant weitgehende Umstrukturierungsmaßnahmen, von denen Trier und andere Standorte in Rheinland-Pfalz betroffen sein könnten. Foto: Telekom

mentarischen Tradition folgend, fraktionsübergreifend eingeladen. CDU und FDP stellen für unser Land 18 Abgeordnete im Bundestag. Abgesehen von einigen wenigen begründeten Absagen finde ich es bezeichnend, dass kein einziger von ihnen Zeit und Interesse für

gleitung seitens der schwarz-gelben Abgeordneten notwendig!

In den anstehenden Verhandlungen sind nun vor allem die Sozialpartner gefragt. Wir vertrauen auf die von Dietmar Welslau zugesagte Ergebnisoffenheit der Arbeitgeberseite. *Manfred Nink MdB*

Fortschritt neu denken

Enquête-Kommission für ein nachhaltiges Modell des Wirtschaftens eingesetzt

Auf Initiative der SPD (siehe dazu Spreebrief Nr. 10) hat der Bundestag die Einsetzung der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beschlossen. Insgesamt gehören der Kommission 17 Mitglieder des Bundestages und 17 Sachverständige an.

Die derzeitige Schieflage der sozialen und ökologischen Systeme hat eine grundlegende Diskussion über gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung angestoßen. Die Frage ist, ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausreichend ist, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt zu messen. Zweifel daran sind angebracht, spart das BIP als Messinstrument doch etwa Aspekte wie das Niveau von Gesundheit und Bildung, Sicherheit, politischer Teilhabe, Zugang zu Arbeit und die Verfügbarkeit von freier Zeit aus.

Gerade das vergangene Jahr hat gezeigt, wie widersprüchlich das Vertrauen auf das BIP als Maß-

heit für wachsenden Wohlstand und steigende Lebensqualität sein kann. Ein Indikator, der positive Ergebnisse liefert, wenn spekulative Finanzgeschäfte die Bilanzen aufblähen oder wenn im Golf von Mexiko eine Ölplattform sinkt und teure Notfall- und Rettungsmaßnahmen erforderlich sind, liefert keinen klaren Blick für eine bessere Zukunft.

Die nun eingesetzte Enquête-Kommission wird sich mit diesen und anderen Fragen beschäftigen. So soll sie unter anderem ermitteln, welchen Stellenwert Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft einnimmt und einnehmen soll. Wie ist sozialer Fortschritt auch mit niedrigen Wachstumsraten zu erreichen? Wie müssen Finanz- und Sozialsysteme umgebaut werden? Ebenso müssen dabei die Fragen gerechter Einkommensverteilung, öffentliche Daseinsvorsorge und eine nachhaltige Ordnung der Kapitalmärkte in den Blick genommen werden.

Ferner soll die Kommission einen ganzheitlichen Fortschrittsindikator entwickeln. Um eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen, soll

geprüft werden, wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können. Dieser Indikator soll das Bruttoinlandsprodukt als objektive Messgröße ergänzen.

Als weitere Aufgabe soll die Kommission Zukunftsfelder technischen Fortschritts aufzeigen, von denen eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs erwartet werden kann. Es soll untersucht werden, ob und wie das Wachstum des BIP vom Wachstum des Verbrauchs an Ressourcen, Umwelt-, Biokapital sowie klimaschädlicher Emissionen dauerhaft entkoppelt werden kann.

Die Enquête-Kommission wird zudem der Frage nachgehen, welche ordnungspolitischen Bedingungen erfüllt sein müssen, damit die Ziele des nachhaltigen Wirtschaftens im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden können.

Schließlich muss die Arbeit der Zukunft untersucht werden. Im Zentrum muss die Frage stehen: Wie können Arbeitsorganisation, soziale Sicherheit bei höherer Flexibilität und Selbstbestimmung zu mehr Lebensqualität beitragen.

Mehr aktuelle Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion im Internet:

Antrag: Bei Aussetzung der Wehrpflicht den Hochschulpakt aufstocken

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/040/1704018.pdf>

Antrag: Klare Perspektiven für Kommunen - Gewerbesteuer stärken

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/039/1703996.pdf>

Große Anfrage: Stand und Perspektiven des Breitbandausbaus in Deutschland

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703899.pdf>

Die Hausausweise, bitte!

Terror-Warnungen im politischen Berlin | Ein Erlebnisbericht



Drei Wochen nach den ersten Warnungen immer noch das gleiche Bild: Absperrungen und Kontrollen rund um die Parlamentsgebäude

Der Reichstag in Berlin könnte Ziel eines terroristischen Anschlags sein, meldeten deutsche Medien, so zum Beispiel auch Spiegel Online, am Wochenende vom 20./21. November. „Al-Qaida und assoziierte Gruppen planen nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden angeblich einen Anschlag auf das Reichstagsgebäude in Berlin, in dem der Deutsche Bundestag untergebracht ist. Im Zuge des Angriffs wollen die Terroristen nach SPIEGEL-Informationen Geiseln nehmen und mit Schusswaffen ein Blutbad anrichten“, heißt es im Artikel.

Nicht besonders vertrauenserweckend, wenn Montag die Arbeit im Büro wartet. Die eigene Familie tut ihr übriges, wenn sie ihre Sorgen mitteilt: „Oh, hast Du die Nachrichten verfolgt? Ja, sei bloß vorsichtig!“ Am nächsten Morgen an den Bahnhöfen wird dann die Sicherheitsoffensive erfahrbar. Durchsage: „Aufgrund eines herrenloses

Gepäckstücks hält dieser Zug nicht in Nikolassee. Die Polizei hat den Bahnhof gesperrt. Unser nächster Halt ist Berlin-Wannsee.“ Vielleicht ist es nur Einbildung, aber im Zug scheinen die Menschen sich irgendwie gegenseitig zu mustern. Der Generalverdacht stellt sich ein. Am Hauptbahnhof in Berlin dann das erste Mal Polizisten mit Maschinenpistolen. Beeindruckend. Es steigt direkt das Sicherheitsgefühl. So ganz will das Bild jedoch nicht zur besinnlichen Vorweihnachtszeit und zum riesigen Weihnachtsbaum mit funkelnden Kristallen passen. Erst einmal raus aus dem Bahnhof.

Doch auch die Gebäude des Bundestages und den Reichstag umgibt ein ganz und gar nicht vorweihnachtlicher Glanz. Weiträumige Absperrungen sowie massive Polizeipräsenz prägen das Bild. Ohne vorherige Kontrolle der Hausausweise bei jedem/jeder Abgeordneten und Mitarbeiter/in kommt keiner auch nur in die Nähe der Gebäu-

de. Die sonst so verlässliche Warteschlange vor dem Reichstagsgebäude gibt es heute nicht. Die Kuppel wurde für den Besucherverkehr gesperrt. Und auch sonst ist es für Besucher nur noch nach vorheriger Anmeldung möglich, den Reichstag zu betreten. Drinnen ist von der Anspannung wenig zu spüren. Natürlich gibt es Gespräche unter Kolleginnen und Kollegen, aber einen Grund zur Hysterie erkennt wohl niemand. Die Arbeit geht uneingeschränkt weiter.

Vor allem die Arbeit und die Präsenz der Polizeibeamten dürften daran einen großen Anteil haben – nicht nur in Berlin, sondern überall in der Republik. Mittelkürzungen und Personalabbau - wie sie von Schwarz-Gelb geplant werden - sieht die SPD-Bundestagsfraktion vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen sehr kritisch, um nicht zu sagen, sie hält solche Planungen für unverantwortlich. Ein Thema, an dem kein Politiker vorbei kommt.

4 | Aus Partei und Fraktion

Weihnachtsgrüße aus Berlin



Große Stadt, großer Bahnhof, großer Weihnachtsbaum: Er funkelt mit unzähligen Glaskristallen im Berliner Hauptbahnhof und verbreitet weihnachtliche Vorfreude.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ihr lest den letzten Spreebrief im Jahr 2010. Ich denke, ich konnte Euch im nun fast vergangenen Jahr ein interessantes Informationsangebot machen. Außerdem hoffe ich, Ihr konntet meine Informationen aus Berlin ab und zu für Eure politische Arbeit gebrauchen.

Was wird aus politischer Perspektive betrachtet in Erinnerung bleiben vom Jahr 2010? Die Entsolidarisierung der Gesellschaft – vor allem in der Gesundheitspolitik? Die Klientelpolitik von Schwarz-Gelb, die zum Beispiel Hoteliers bevorzugt und „mehr Brutto vom Netto“ zur Wahlkampflüge werden lässt? Der Galopp von Rettungspaketen durch das Parlament? Die SPD hatte in

diesem Jahr in der Opposition alle Hände voll zu tun, auf Missstände hinzuweisen, Verbesserungen anzumahnen und eigene Politikvorschläge als Alternativen entgegenzusetzen.

Einen ausführlicheren Jahresrückblick möchte ich Euch in der nächsten Spreebrief-Ausgabe im Januar 2011 geben. Für dieses Jahr bleibt mir nur noch, Euch ein besinnliches Weihnachtsfest, ein paar erholsame Feiertage und einen schönen Jahreswechsel zu wünschen.

*Herzlichst,
Euer*

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

15. bis 21. November

Veranstaltung der AG 60+ „Ein Jahr Schwarz-Gelb“ in Schweich, Sitzung der SPD-Fraktion Kenn, Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion in Trier, Teilnahme am Vorlesetag in der Grundschule Kenn, Gast beim Jahreskonzert des Musikvereins Hermeskeil

22. bis 28. November

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin, Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Kenn

29. November bis 5. Dezember

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin, Gespräch der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz mit der Telekom u.a. zu den geplanten Standort-schließungen in Trier (siehe auch den Beitrag auf Seite 1), Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK Trier, VCI Workshop Forschung, Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Finanzmarktkrise, Gespräch mit der Botschafterin Luxemburgs

6. bis 12. Dezember

Trierer Wirtschaftsgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Finanzkrise - Basel III - Kreditklemme“, Klausurtagung der SPD-Kreistagsfraktion in Fell, Schirmherrschaft beim Charity-Konzert „Emotion Vol. III“ in Kenn zugunsten der integrativen Kindertagesstätte HAUS TOBIAS

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de